

## Liebe Freunde der Freien Wähler, sehr geehrte Damen und Herren,

nicht nur die Weihnachtseinkäufe, auch die Kommunalpolitik in den Gemeinden, Landkreisen und in der Region Stuttgart gehen in den Endspurt. Weihnachtszeit – Geschenkezeit. Tatsächlich mutet die wirtschaftliche Entwicklung und ihre Auswirkung auf die öffentlichen Haushalte wie ein Weihnachtsgeschenk an. Schien es noch vor Wochen nahezu unmöglich, die Haushalte der Kommunen ohne rigorose Einschnitte, Steuererhöhungen und Schuld aufnehmen auszugleichen, erscheint – wie Lametta am Christbaum – ein Silberstreif am Horizont.

Das Wichtigste sind aber nicht die nach der neuesten Schätzung deutlich höheren Steuereinnahmen, sondern die überaus erfreuliche Tatsache, dass der Arbeitsmarkt – auch dank der Kurzarbeitsregelung – die schwere wirtschaftliche Krise erstaunlich stabil überstanden hat. Das schönste Geschenk für alle Familien, die Arbeitslosigkeit befürchten mussten.

Aber auch in den öffentlichen Haushalten zeichnet sich rascher eine Verbesserung ab, als es selbst Optimisten erwartet hatten. Jetzt nur nicht übermütig werden und die guten Vorsätze, die Belastungen für kommende Generationen zu reduzieren,

wieder über Bord werfen. Bund, Länder und alle Kommunen (den Verband Region Stuttgart einbezogen) müssen runter von dem insgesamt unübersehbaren Schuldenberg der öffentlichen Hände. Auf unsere Kinder kommen als Folge der Demografie solche Veränderungen zu, dass sie diese nicht tragen können, wenn wir jetzt nicht das Steuer herumreißen. In dieser Verantwortung steht nicht nur die Politik, sondern stehen auch Wirtschaft, Gewerkschaften, Banken und Interessensvertreter – wir alle.

Wir Freien Wähler stehen in den kommunalen Gremien zu dieser Verantwortung. Wir haben auch den Mut zu unpopulären Entscheidungen. Man darf nicht die Verantwortung von sich schieben, in dem man nach „unmittelbarer Demokratie“ ruft, wenn es brenzlig wird oder der Wahltaktik dient. Was wir fordern, ist eine transparente Einbindung der Bürgerinnen und Bürger im Vorfeld wichtiger Entscheidungen. Allerdings ist dies keine Einbahnstraße, sondern erfordert ein aktives Mitmachen einer engagierten Öffentlichkeit.

Die Fraktion der Freien Wähler in der Regionalversammlung hat ein überaus erfolgreiches Jahr hinter sich. Es hat sich ein Mal mehr gezeigt, wie wichtig eine unabhängige, nicht in Parteilinien eingezwängte Kommunalpolitik ist. Die nachfolgenden Beiträge dokumentieren dies.

Für eine solche bürgerorientierte Politik steht seit Jahrzehnten im Land und in der Region unser Fraktionsvorsitzender Heinz Kälberer. Für ihn als langjährigen Bürgermeister und Oberbürgermeister ist das kommunale Geschehen Herzenssache. Es ist ihm ein großes Anliegen, dass die Regionalfraktion diesen zentralen Gedanken der Freien Wähler in die Zukunft tragen kann. Deshalb hat er jetzt die Weichen für eine Verjüngung an der Fraktionsspitze gestellt. Nicht weil er sich zurückziehen will, sondern weil er Raum braucht für seine vielfältigen Aufgaben im Lande und als Osteuropabeauftragter der Landesregierung. Heinz Kälberer wird selbstverständlich weiter der Führungsriege der Fraktion angehören.

Die Arbeit der Freien Wähler in der Region ist ohne das solide Fundament in den Kommunen und Landkreisen nicht vorstellbar. Dort ist unsere Verwurzelung mit der örtlichen Gemeinschaft und der Wirtschaft. Dort sind es unabhängige Persönlichkeiten, die sachorientiert und bürgernah wirken. Die Bürgerinnen und Bürger haben dies mit einem überragenden Wahlergebnis bei der Kommunalwahl im vergangenen Jahr bestätigt.

Deshalb gilt ein Mal mehr unser herzlichster Dank Ihnen, die Sie in den Gemeinden und Landkreisen für die Idee der Freien Wähler eintreten. Wir wünschen Ihnen eine ruhige und friedliche Weihnachtszeit und ein Jahr 2011, das Ihnen persönlich und Ihrer Heimatgemeinde Zufriedenheit und Erfolg bringen möge.

Ihre Regionalfraktion

Heinz Kälberer, Peter Aichinger,  
Alfred Bachofer, Karl-Heinz Balzer,  
Frank Buß, Dr. Dieter Deuschle,  
Wilfried Dölker, Rainer Gessler,  
Andreas Hesky, Joachim Hülscher,  
Jochen Kretschmaier, Rolf Kurfess,  
Bernhard Maier, Markus Nau,  
Thomas Sprißler, Norbert Wiedmann



## Wechsel im Vorsitz unserer Regionalfraktion

Andreas Hesky folgt auf  
Heinz Kälberer



Heinz Kälberer

Der langjährige Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler in der Regionalversammlung, Heinz Kälberer, gibt den Fraktionsvorsitz zu Beginn des neuen Jahres an den Waiblinger Oberbürgermeister Andreas Hesky ab. Heinz Kälberer: „Ich freue mich, dass die Fraktion einstimmig Andreas Hesky zu meinem Nachfolger gewählt hat.“

Heinz Kälberer bleibt weiterhin Mitglied des Fraktionsvorstandes, der sich neben ihm und Andreas Hesky aus Alfred Bachofer und Bernhard Maier zusammensetzt.

Der stellv. Vorsitzende Alfred Bachofer würdigte die herausragenden Verdienste Heinz Kälberers um die Regionalfraktion. Seit Gründung des Verbands Region Stuttgart vor rd. 16 Jahren steht Kälberer an der Spitze der Fraktion. Wie erfolgreich deren Arbeit unter seiner Führung ist,



Andreas Hesky

zeigt sich allein an den Wahlerfolgen. 1994 mit 10 Regionalräten gestartet, legte die Fraktion bei den folgenden Wahlen jeweils deutlich zu und zählt heute 16 Köpfe. Die SPD als zweitgrößte Fraktion hat lediglich einen Sitz mehr.

Schon legendär sind die pointierten Reden Heinz Kälberers in der Regionalversammlung. Wie kaum ein anderer versteht er es, die Dinge humorvoll und doch treffend auf den Punkt zu bringen. Nie machte er ein Hehl daraus, dass sein Herz für die Kommunen schlägt. Allerdings verlor er dabei nicht die regionale Sicht aus den Augen, sondern setzte sich für eine ehrliche Partnerschaft von Verband und kommunaler Ebene ein.

Mit seinem Rückzug leitet Heinz Kälberer frühzeitig eine Verjüngung in der Fraktionsführung ein. Heinz Kälberer: „Es ist mir ein Anliegen, rechtzeitig vor den nächsten Wahlen ein Zukunftssignal zu setzen. Mit Oberbürgermeister Andreas Hesky übernimmt ein erfahrener und respektierter Kommunalpolitiker die Verantwortung.“

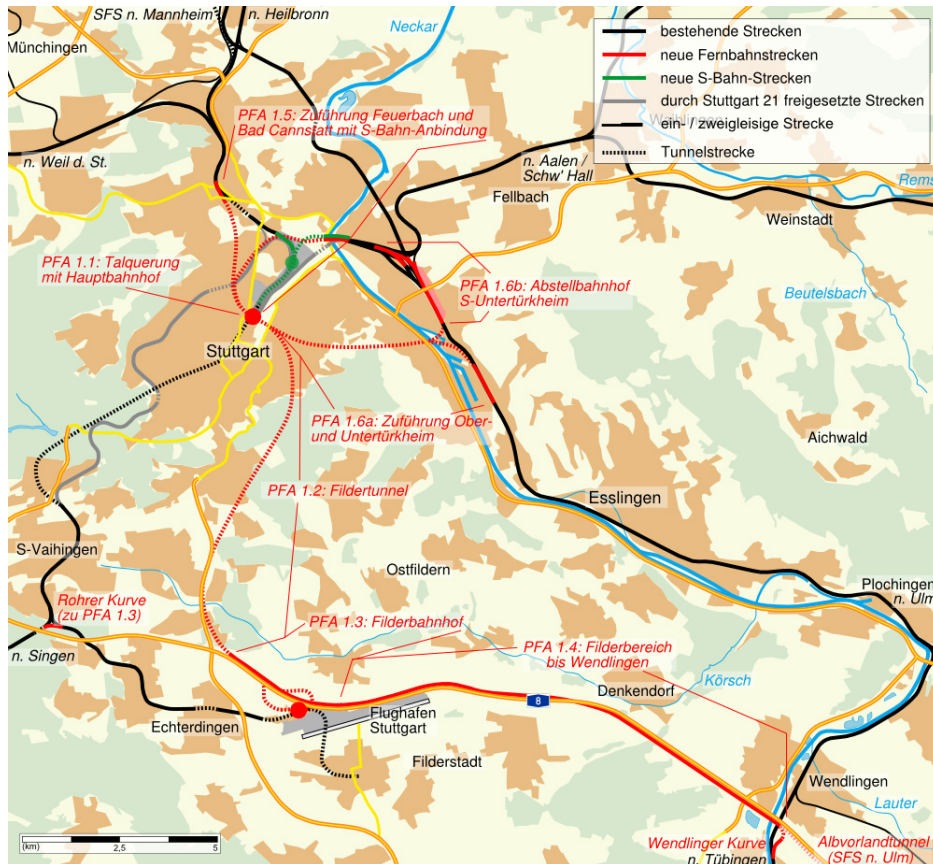
## Stuttgart 21 und Schnellbahnstrecke

Weichenstellung für eine  
bessere Mobilität

Eines hat die Mediation unter Heiner Geißler auf jeden Fall bewirkt – der in den vergangenen Monaten völlig aus den Fugen geratene Streit um Stuttgart 21 und die Neubaustrecke ist aus dem Nebel der hintergründigen politischen Ziele, nämlich der Einflussnahme auf die Landtagswahl 2011, herausgetreten. Auch wenn kein handfestes Ergebnis erzielt wurde, ein positives Demokratieerlebnis war die Faktenschlichtung allemal. Wer sich sachlich informieren wollte, konnte viel über S 21 und K 21 und die Motive der Projektträger und Gegner erfahren. Nach ersten Ankündigungen kehrt die organisierte Ablehnungsfront nach dem für sie letztendlich unbefriedigenden Spruch Geißlers wieder in die alte Spur zurück. Dann wäre das Ziel, Deeskalation durch Dialog, gescheitert. Die Devise ist offensichtlich: Jeder Schlichterspruch wird akzeptiert, sofern er unsere Meinung bestätigt.

Wir haben allerdings die Überzeugung, dass ein großer Teil der Bürgerinnen und Bürger, die bisher das Vorhaben aus den verschiedensten Gründen abgelehnt haben, den weiteren Fortgang des Verfahrens und der Baumaßnahme vor dem Hintergrund seiner zweifelsfrei demokratischen Legitimation respektiert.

Die Gegner von S 21 und der Bahntrasse nach Ulm haben mit der Schlichtung etwas erreicht, was sie im Grunde gar nicht wollten: Nämlich Verbesserungen in Teilbereichen, falls sich im vereinbarten Stresstest Lücken herausstellen sollten. Tatsächliches Ziel war und ist die vollständige Verhinderung. Es ist ihnen aber durchaus gelungen, Schwächen der Bahn in der Planung und im Projektmanagement aufzuzeigen. Daraus müssen die Verantwortlichen bei der Bahn Lehren ziehen.



hen, denn sie haben nicht immer eine gute Figur abgegeben.

Die Schlichtungsgespräche haben eines in absoluter Deutlichkeit herausgearbeitet: Für einen Kopfbahnhof und die diskutierten Alternativtrassen zur Neubaustrecke gibt es keine Planung, keine Finanzierung und schon gar kein Baurecht. Wer ein solches Ziel anstrebt, muss den Menschen ehrlich sagen, dass er den völligen Stillstand will. Wir müssten mindestens 15 – 20 Jahre mit der gegenwärtigen Situation leben. Ob überhaupt jemals wieder die EU, der Bund, das Land und die Bahn Gelder für die Einbindung Stuttgarts in das internationale Schienennetz in die Hand nehmen würden, halten wir für ausgeschlossen.

Der Schaden bei einem Abbruch von S 21 wäre unübersehbar. Neben dem finanziel-

len Verlust von rd. 1,5 Milliarden € und den Kosten für eine verkehrlich wirkungslose Sanierung des Bonatzbaus würden Stuttgart und das Land Baden-Württemberg im Wettbewerb der Metropolregionen national und international aufs Abstellgleis geschoben.

Um die theoretischen Alternativen zu S 21 bewerten zu können, muss man deutlich sagen, wer was tatsächlich will. Dabei wollen wir gar nicht in Abrede stellen, dass ein sanierter Kopfbahnhof funktionieren würde. Frankfurt z.B. zeigt das ja. Entscheidend ist vielmehr die Frage, ob und wie eine Einbindung in das Fernverkehrsnetz gelingt. Die beiden Dinge sind untrennbar verbunden und dadurch kommt es zum Schwur.

Die Grünen machen es sich am einfachsten: Sie lehnen S 21 und die Neubaustre-

cke komplett ab, weil sie auf die Sorge der Menschen vor den Milliardensummen spekulieren. Geschickt breiten sie einen Mantel über die Folgen ihrer Version. Würden diese nämlich deutlich aufgezeigt, ginge ein Proteststurm durchs Land. Das wollen sie natürlich vermeiden, denn die Wähler könnten sich womöglich mit den betroffenen Menschen solidarisch erklären.

Da der Kopfbahnhof allein keinen Sinn machen würde, müssten zur Ertüchtigung der bestehenden Trassen im Neckar- und Filstal gewaltige Bauwerke entstehen und zusätzliche Gleise verlegt werden. Die Eingriffe in die Wohngebiete und in die Landschaft wären verantwortungslos, die Kosten ebenfalls enorm. Dies alles ist doch schon bis zur Erschöpfung unter dem Stichwort „Krittiantrasse“ ausdiskutiert und verworfen worden. Man muss schon sehr auf die Vergesslichkeit der Menschen setzen, wenn man dies jetzt wieder hervorzaubert. Die Grünen, die so sehr auf Basisdemokratie setzen, sollten hinausgehen nach Esslingen, Plochingen, Reichenbach oder in die übrigen Filstalgemeinden und aufzeigen, was sie den Menschen zumuten wollen. Dann hätte der Spuk ein Ende.

Andere Projektgegner wollen neben dem Kopfbahnhof zwar die Schnellbahntrasse akzeptieren, sagen aber auch nicht die ganze Wahrheit. Eine Verknüpfung mit der Neubaustrecke wäre technisch schwierig und finanziell sehr aufwändig. Es entstünden längere Tunnel als bei S 21 und die Verzahnung der ICE-Züge am Flughafenbahnhof wäre wenn überhaupt, nur unter größten Schwierigkeiten und einer enormen Belastung des Filderraums machbar.

Die ersten Stimmen nach dem Schlichterspruch lassen befürchten, dass jetzt der Streit wieder auf die Straße getragen wird. Wir Freien Wähler respektieren das Recht, sich mit demokratischen Mitteln gegen Entscheidungen der Politik zur

Wehr zu setzen. Aber dazu gehört es, die wirklichen Gründe sicht- und hörbar zu machen und sich im ohnehin weit gespannten Rahmen der Demonstrationsfreiheit zu bewegen. Unbewiesene Behauptungen und persönliche Beleidigungen können Sachargumente nicht ersetzen.

*Es ist doch mehr als widersprüchlich und eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit,*

- den Verkehrsinfarkt in der Region und im Land zu beklagen
- Umweltschädliche Kurzstreckenflüge zu kritisieren
- die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene zu fordern
- Feinstaubbelastung mit Verkehrsverlagerung und zweifelhaften Chemikalien zu bekämpfen
- Co<sup>2</sup>-Belastung aus Millionen vermeidbarer Pkw-Kilometer anzuprangern
- Verbesserungen im Regionalverkehr und im S-Bahnverkehr zu propagieren
- den Verlust von Produktionsarbeitsplätzen zu bedauern
- den Flächenverbrauch durch Siedlungsentwicklung anzuprangern

und gleichzeitig Stuttgart 21, das den Schlüssel für entscheidende Fortschritte auf diesen Feldern darstellt, abzulehnen.

*Wer S 21 zu Fall bringen will, muss wissen:*

- Baden-Württemberg ist ein wirtschaftsstarkes Land. Die Wirtschaft verlangt eine langfristig berechenbare und vor allem verlässliche Politik. In Zeiten der Globalisierung, wo Unternehmen und deren Arbeitsplätze wie Schachfiguren verschoben werden, wäre ein Ende von S 21 ein verheerendes Signal für die

Wirtschaft und die Arbeitnehmersvertretungen.

- Mehrere Tausend Arbeitsplätze während der Bauzeit und nach Fertigstellung würden verhindert.
- Wenn die rund 100 ha Siedlungsfläche im Zentrum von Stuttgart nicht zur Verfügung stehen, bedeutet dies bei der geringeren Siedlungsdichte im Umland einen Flächenverzehr von ca. 200-250 ha.

Wenn man alle genannten Wirkungen bewertet, vor allem die ökologischen, steht man fassungslos vor dem Phänomen, dass jahrzehntelang erhobene Forderungen bzw. deren Verwirklichung mit allen Mitteln bekämpft werden.

Wir wünschen uns, dass die Fortsetzung der Gespräche die Möglichkeit eröffnet, die Fronten abzubauen und offene Fragen durch den Stresstest sachlich aufzuarbeiten. Was sich als notwendig erweisen sollte, müssen die Projektträger auch umsetzen. Sie sind in der moralischen Pflicht und es den Bahnkunden auch schuldig. Auf diese Weise kann die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit unseres Landes und der Bahn und demokratisch getroffener Entscheidungen ihre Bestätigung finden.

Eine Volksabstimmung, wie sie von der SPD und den Grünen gefordert wird, ist ein Ausweichmanöver, ein Zeichen von fehlender Entschlusskraft und in Wahrheit Wahltaktik. Wie sollen Millionen von Wahlberechtigten, die in ganz Baden-Württemberg mehr oder weniger von S 21 betroffen oder begünstigt sind, eine objektive Entscheidung unter Berücksichtigung aller Fakten und Folgen treffen? Beide Parteien wissen im Übrigen ganz genau, dass die Maßnahme auch im Falle ihrer Regierungsverantwortung unumkehrbar wäre. Nach einer Volksbefragung würde diese Erkenntnis einen riesigen Frust auslösen.

Stuttgart 21 und die Neubaustrasse sind kein Meinungsdictat, sondern das Ergebnis eines 20-jährigen Planungs- und Entscheidungsprozesses. Viele Hundert demokratisch gewählte Parlamentarier und Kommunalpolitiker haben sich lange Zeit intensiv damit befasst und nach freier Überzeugung entschieden. Stets mit großen Mehrheiten, auch und gerade in der SPD – hinauf bis zum Bundestag und in die Regierung.

Wenn die Projektpartner aus den gemachten Informationsfehlern und strategischen Pannen gelernt haben, dann kann sich daraus eine neue Beteiligungskultur entwickeln, ohne dass unsere demokratische Verfassung in Frage gestellt wird. Dies gilt für die Verwirklichung von S 21 und seine städtebaulichen und verkehrlichen Chancen, aber auch für viele andere Großmaßnahmen, hinunter bis auf die gemeindliche Ebene.

Ein solcher Weg setzt die Ernsthaftigkeit voraus, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig und transparent in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Genauso aber die Bereitschaft der Menschen, sich intensiv mit allen Argumenten auseinanderzusetzen, sich zu lösen von Egoismen und nur das Gemeinwohl zum Maßstab zu machen.



## Und sie bewegt sich doch ...

### Geringere Kosten für die Schienenaußenstrecken der Bahn in Sicht

In Abwandlung eines geflügelten Wortes ist man geneigt zu sagen: Und sie bewegt sich doch! Gemeint ist nicht die Erde, sondern die Bahn AG. Konkret geht es um die Finanzierung der sog. „Schienenaußenstrecken“, also Zugverbindungen der Bahn AG im Gebiet des Verkehrsverbunds Stuttgart (VVS). Hier gilt nicht der Bahntarif, sondern der für den Fahrgast günstigere Verbundtarif, der zudem die Benützung aller Verkehre, die zum VVS gehören, einschließt. Die Bahn hat aufgrund der Verbundverträge und des Schienenaußenstreckenvertrags einen Anspruch darauf, dass ihr die Differenz zwischen Bahntarif und Verbundtarif erstattet wird. Über die

Verkehrsumlage des Verbands Region Stuttgart müssen dies die Kreise und damit letztlich die Kommunen finanzieren.

Seit Jahren kämpft die Fraktion Freie Wähler um eine bessere Vertragsgestaltung. Sie weist immer wieder darauf hin, dass die überproportionale Zunahme der Fahrgastzahlen in den Zügen auch auf die Verbundwirkung zurückzuführen ist. Die Bahn nimmt also mehr Fahrgelderlöse ein (und Ausgleichszahlungen des Verbands), obwohl ihre Aufwendungen bzw. Fahrleistungen bei weitem nicht in dem Umfang gestiegen sind wie die Fahrgastzahlen. Die Zahlungen des VRS sind innerhalb weniger Jahre von rd. 8 Mio. € auf ca. 17 Mio. € angewachsen. Das ist für unsere Fraktion seit langem der Stein des Anstoßes. Unserem verkehrspolitischen Sprecher, Landrat a.D. Bernhard Maier, ist es nun gelungen, auch die übrigen Fraktionen in der

Regionalversammlung von der Richtigkeit des Anliegens zu überzeugen. Auch die Verbandsverwaltung, die bis unmittelbar vor der abschließenden Beschlussfassung eine bessere Vertragsgestaltung nicht für erreichbar hielt, ist mittlerweile mit ins Boot gegangen.

Nach heutigen Erkenntnissen kann nun damit gerechnet werden, dass die jährlichen Zahlungen des Verbands um ca. 2 Mio. € reduziert und für die Zukunft auf eine Basis gestellt werden, die eine Erhöhung nicht allein an die Fahrgastzahlen knüpft. „Diese Summe kann nun für dringend notwendige Verbesserungen in der S-Bahn-Bedienung eingesetzt werden“ – freut sich Bernhard Maier über den Erfolg beim „Bohren sehr dicker Bretter“.

## Alle Jahre wieder ...

### Die Forderungen der Parteifractionen zu „Mehr Macht für den Verband Region Stuttgart“

Passend zur Weihnachtszeit (Alle Jahre wieder...) kommen die Wunschzettel der Parteifractionen CDU, SPD und Grüne zu einer Ausdehnung der Kompetenzen für den Verband Region Stuttgart. Einen entsprechenden Vorstoß der Regional-CDU haben die Stuttgarter Nachrichten treffend mit „Ruf nach mehr Macht für die Region“ getitelt. In schöner Einigkeit beilegte sich die SPD, vertreten durch ihren Landesvorsitzenden Nils Schmid, mit noch mehr Wünschen nachzulegen. Und genau um „Macht“ und weniger um die Sache selbst, geht es in Wirklichkeit.

Seit langem will eine Mehrheit der Regionalversammlung (gegen das ausdrückliche Votum von uns Freien Wählern) eine Bündelung der Trägerschaft für den ÖPNV bei der Region. Die Städte und Landkreise (auch die Stadt Stuttgart mit den Stuttgarter Straßenbahnen) sollen ihre Verantwortung für die Busverkehre an





die Region abtreten. Abgesehen davon, dass dies dem Verfassungsgrundsatz der Subsidiarität widersprechen würde, wäre eine Kostenexplosion die Folge. Die Landkreise haben den Blick für das Machbare und kennen die Grenzen der Finanzierbarkeit. Würde dies „nach oben“ gezont, könnten die Forderungen nach einem flächendeckenden Ausbau der Busbedienungen (über den objektiven Bedarf hinaus) ausufern. Es bezahlt ja der Verband. Dabei ist nur ein bezahlbarer ÖPNV ein nachhaltiger ÖPNV. Schon heute müssen die Landkreise in der Region Stuttgart im Schnitt 5-6 Punkte mehr Kreisumlage verlangen als im Land üblich.

Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Region und Landkreisen stellt

auch bei der gegenwärtigen Trägerschaft eine bedarfsgerechte ÖPNV-Versorgung sicher. Viel wichtiger wäre es, das völlig intransparente Finanzierungssystem zu entflechten.

Noch weiter als die CDU geht die SPD mit ihrer „Idee“, auch die Krankenhäuser und die Berufsschulen bei der Region anzusiedeln. Zu Recht wurde von der Fraktion Freie Wähler in der Diskussion darüber ein Vergleich mit einem „Trojanischen Pferd“ angestellt. Würde man den Landkreisen diese zentralen Aufgaben entziehen, wäre deren Daseinsberechtigung nicht mehr gegeben. Die Folge wäre ein Regionalkreis oder – noch schlimmer – eine Regionalstadt. Was die SPD mit Blick auf die Landtagswahl verschweigt: Eine

solche regionale Neuordnung würde eine neue Gemeindereform nach sich ziehen, denn schon ein Regionalkreis braucht als Unterbau Kommunen mit mindestens 20 000 Einwohnern. Eine Regionalstadt würde unsere gewachsenen Gemeindestrukturen völlig zerschlagen.

Auch von der Sache her ist der Vorschlag nicht nachvollziehbar. Die Kreise rund um Stuttgart haben ihre Hausaufgaben in Bezug auf eine wohnortnahe und hochwertige Krankenhausversorgung gemacht. Die wirtschaftlich schwierige Lage der Krankenhäuser ist Folge einer unbefriedigenden Finanzausstattung im Gesundheitssystem. Eine Konzentration ginge zu Lasten der Wohnortnähe ohne durchgreifende finanzielle Besserstellung.

Ähnliches gilt für das Berufsschulwesen. Es ist bei den Kreisen, die eine enge Verflechtung zur Wirtschaft haben, bestens aufgehoben. Wollen wir, dass Berufsschüler kreuz und quer durchs Land fahren müssen, um zu ihren Schulen zu gelangen? Wollen wir, dass Schulstandorte mit überwiegend gutem Gebäudebestand geschlossen werden? Hände weg von den Berufsschulen. Sie sind ein Garant für eine hochwertige duale Ausbildung in engem Schulterschluss mit dem lokalen Handwerk und der übrigen Wirtschaft. Mit der Entfernung nimmt diese Bindung ab, das darf nicht sein.

Wenn solche abstrusen und wirklichkeitsfremden Forderungen im Landtagswahlkampf zum Programm erhoben werden, wird sich die Regionalfraktion der Freien Wähler nicht scheuen, öffentlich klar Position dagegen zu beziehen.

## Der Erfolg hat viele Väter ...

### Verband entlastet die Landkreise und Kommunen in schwieriger Zeit

Wer hätte nicht gerne hohe Rücklagen, um für finanziell schwierige Zeiten gerüstet zu sein? Da beneiden Landkreise und Kommunen den Verband Region Stuttgart, der im Laufe der Jahre aus Ulagemitteln ein Rücklagenpolster von mehr als 40 Mio. € angesammelt hat. Entstanden ist diese „Reserve“ durch nachträgliche Verbesserungen bei den Fahrgeleinnahmen und durch Verhandlungserfolge, die zu geringeren Belastungen für den Verband geführt haben. Diese Entlastungen hätte man über eine geringere Verbandsumlage an die Landkreise bzw. Gemeinden zurückgeben können. Man hat aber entschieden, durch die Ansammlung von Rücklagen die Finanzierung des Projekts Stuttgart 21 (Anteil des VRS 100 Mio. €) zu erleichtern und ein Polster für große Investitionen zu schaffen. Dadurch

können stärkere Ausschläge bei der Verbandsumlage vermieden werden.

Außerdem sind ausstehende Landesmittel für S-Bahn-Vorhaben auf diese Weise zwischenfinanziert worden.

Soweit, so gut. Seit Jahren weist die Fraktion Freie Wähler darauf hin, dass die Rücklagen ein Maß erreicht haben, das in einer Zeit, in der Kreise und Kommunen vor fast unlöslichen Haushaltsproblemen stehen, nicht mehr vertretbar ist. Noch im vergangenen Jahr haben Verwaltung und die Fraktionen von CDU, SPD und Grünen unseren Antrag auf Rücklagenentnahme zur Umlagesenkung kategorisch abgelehnt. Auch die Zusage, dass man sich in der Vorbereitung des Haushalts 2011 auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt, wurde nicht eingelöst.

Dennoch hat unser nachhaltiges Drängen endlich Erfolg gezeigt. Zur allgemeinen Überraschung hat schon die Verwaltung ihren Etatentwurf so aufgestellt, dass zur Senkung der Umlagen rd. 5 Mio. € den Rücklagen entnommen werden. Weil uns dies nicht ausreichend schien, haben wir erneut mit den anderen Fraktionen Gespräche mit dem Ziel geführt, eine deutlich

höhere Umlagesenkung zu erreichen. CDU und SPD sind nun auf unsere Linie eingeschwenkt, die FDP hatte schon im vergangenen Jahr ihre Unterstützung bekundet. Im Ergebnis ist es gelungen, einen gemeinsamen Antrag einzubringen, der zu einer Gesamtentlastung von rd. 8,7 Mio. € führen wird.

Damit wird nur ein Teil von dem zurück gegeben, was die Kreise, Städte und Gemeinden im Voraus an den Verband gezahlt haben. Natürlich hat dies zur Konsequenz, dass in finanziell besseren Zeiten die Umlage wieder etwas höher ausfallen wird. Aber es ist eine wirkungsvolle Hilfe in einer Zeit, in der die kommunalen Haushalte nur mit drastischen Sparmaßnahmen, Steuererhöhungen und Schulden ausgeglichen werden können. Wie gesagt – im Erfolgsfall gibt es viele Väter ...

## Jetzt noch einfacher:

### Freie Wähler ins Netz

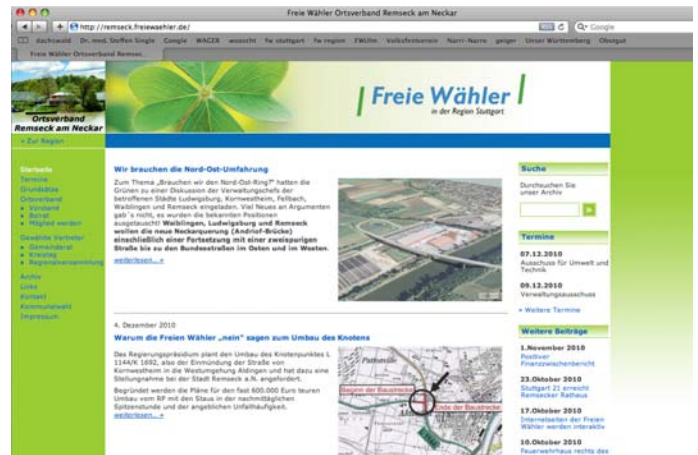
Im November wurden in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk für Kommunalpolitik (BfK) zwei halbtägige Seminare zur Einführung von Vertretern der Orts- und Kreisverbände der Freien Wähler in die Erstellung und Pflege von Internet-Auftritten mit der Software WordPress veranstaltet. Die Seminare waren ein durchschlagender Erfolg! Neun Ortsverbände haben sich spontan entschieden, das Angebot der Freien Wähler in der Region anzunehmen und ihre Webseiten mit dem neuen Werkzeug zu erstellen. Spontane Begeisterung löste bei vielen Teilnehmern die einfache und schnelle Handhabung des Systems aus.

Die technische Entwicklung im Internet ist nach wie vor rasant und erfordert immer wieder die Anpassung bestehender Internet-Auftritte. Die Freien Wähler in der Region Stuttgart haben sich deshalb entschlossen, in Zukunft für die Realisierung der Web-Auftritte ein neues Werkzeug an-





Höchst interessiert waren die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer; im Hintergrund Webmaster Lennart Reinke.



Der Auftritt des Ortsverbandes Remseck [www.remseck.freiewaehler.de](http://www.remseck.freiewaehler.de) ist bereits auf WordPress umgestellt.

stelle der bisher eingesetzten Software Contribute zu verwenden. In Zukunft wird die technische Basis der Auftritte die Software WordPress sein. Mit wenigen Stichworten sollen die Vorteile von WordPress gegenüber der bisherigen Lösung dargestellt werden:

- Es handelt sich um Open Source Software, es fallen also keine Lizenzgebühren an.
- Das System arbeitet webbasiert, so dass keine Installation am lokalen Rechner notwendig ist. Es ist deshalb auch möglich, dass mehrere Redakteure nebeneinander am Auftritt eines Ortsverbandes arbeiten können.
- WordPress erlaubt die Interaktion mit dem Nutzer. Besuchern der Webseiten kann die Kommentierung von Beiträgen ermöglicht werden.
- Die Einbindung neuerer Techniken wie z.B. Videos ist einfach möglich.
- Besucherstatistiken können erstellt werden.
- Die Ortsverbände können geschlossene Bereiche anlegen, die nur von Mitgliedern mit Passwort erreicht werden können.

- WordPress ist einfach bedienbar.

Das Angebot der Freien Wähler in der Region, einen Internet-Auftritt mit WordPress auf dem Webserver der Freien Wähler aufzubauen, richtet sich sowohl an Ortsverbände, die bisher noch keine eigene Präsenz im Internet haben als auch an Ortsverbände, welche die technische Basis wechseln möchten und von Contribute oder von einer anderen Technik zu WordPress migrieren wollen. Die einmaligen Kosten für die Basis-Installation samt Musterseiten belaufen sich je Ortsverband auf rund 100 Euro, für die Übernahme von bestehenden Beiträgen aus dem Contribute-System in die neue Technik sowie für die Einrichtung einer detaillierten Besucherstatistik fallen Kosten von jeweils 80 Euro an (jeweils zzgl. MwSt.).

*In Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk für Kommunalpolitik wollen wir am:*

**Samstag, 12.02.2011 und am  
Samstag, 26.02.2011  
zwei weitere Halbtags-Seminare  
in Stuttgart anbieten.**

In denen Sie die Möglichkeiten von WordPress erfahren und die Bedienung des Systems erlernen können.

Bitte melden Sie Ihre Seminarteilnahme bis spätestens 20.01.2011 beim BfK an:

**[bfk-bildungswerk-bw@t-online.de](mailto:bfk-bildungswerk-bw@t-online.de)  
Tel. 0711 6409725**

Auskünfte zu den Seminaren erteilt Gerhard Waldbauer aus Remseck [remseck@freiewaehler.de](mailto:remseck@freiewaehler.de)

#### ANSPRECHPARTNER

Alfred Bachofer  
Paul-Gerhardt-Straße 31  
72622 Nürtingen  
Fon (0 70 22) 47 09 09  
Fax (0 70 22) 24 10 69  
Mail [A.Bachofer@gmx.net](mailto:A.Bachofer@gmx.net)

#### GESTALTUNG

Wager ! Kommunikation GmbH  
In der Halde 20  
72657 Altenriet  
Fon (0 71 27) 9 31 58 07  
Fax (0 71 27) 9 31 58 08  
[www.wager.de](http://www.wager.de)